

Analyse der Aussagen der Wahlprogramme der Parteien mit Bezug auf die Wasserwirtschaft

Bundestagswahl am 26. September 2021

Der BDEW hat alle wichtigen Wahlprogramme mit Bezug auf Aussagen auf die Wasserwirtschaft analysiert. Die Wahlprogramme sind in ihrer endgültigen Version stellenweise erst seit Ende Juli 2021 verfügbar.

Insgesamt ist festzustellen, dass in manchen Wahlprogrammen das **Thema (Ab-)Wasser deutlich weniger Raum** einnimmt als in den Wahlkämpfen zuvor. Die hier gewählte Reihenfolge entspricht der Vertretung der Parteien im [aktuellen Deutschen Bundestag](#).

CDU/CSU („Union“)

Im Wahlprogramm der Union gibt es kein gesondertes Kapitel für Umweltpolitik. Aussagen zu Wasser finden sich unter der Kapitel 3.5. „Nachhaltiges Wirtschaften zum Schutz unserer Ressourcen“. Darin konstatieren beiden Parteien, dass der „Kampf gegen den Klimawandel“ „auch ein Kampf für **ausreichend Wasser**“ sei. Sie wollen „sicherstellen, dass für alle in unserem Land – **Privathaushalte, Landwirte und Unternehmen** – ausreichend Wasser vorhanden ist“.

Dazu will man ein **Förderprogramm** auflegen, „**das regionale Wasserkreisläufe stärkt.**“ Über **Aufklärungskampagnen** und **modernes Wassermanagement** möchten beide Parteien „das Allgemeingut Wasser schützen“. Das Wasser müsse stärker in der Fläche gehalten werden, um „unsere Böden, die Land- und Forstwirtschaft und die Ökosysteme widerstandsfähiger für Dürrezeiten zu machen“. Der Nutzung von Regenwasser will die Union „eine deutlich größere

Aufmerksamkeit schenken und hierzu das Konzept von **Schwammstädten** (...) in Beispielkommunen testen.“

› Spurenstoffe, Medikamente

Zentral ist die aus Sicht der Wasserwirtschaft unkonkrete Aussage: „Wir werden **noch stärker gegen die Verunreinigung unserer Gewässer mit Spurenstoffen und Medikamenten vorgehen**. Wir werden **die Strategie zur Prävention von Gewässerunreinigung** und den **Dialog** zu Spurenstoffen, Mikroplastik und Medikamentenverunreinigungen **fortführen**. Wir werden die Vorkommen an Trink-, Mineral-, Heil- und Grundwasser weiterhin besonders schützen.“

› Wasserrahmenrichtlinie

Interessant ist hier die Aussage der C-Parteien: „**Wir werden die Vorgaben der europäischen Wasserrahmenrichtlinie umsetzen**.“ So streben sie an, „freifließende Flüsse mit natürlichen Flussläufen als naturnahe Referenzflüsse auszuweisen.“ Sie wollen sich für naturnahen Binnen- und Außendeichbau und den Schutz der Auen einsetzen. Weitere Hinweise, wie die europäische Wasserrahmenrichtlinie umgesetzt werden soll, finden sich im Wahlprogramm jedoch nicht. Auch Aussagen zu **Abwasser** sucht man vergeblich.

› Agrarpolitik

Zum Thema **Landwirtschaft und Lebensmittel** heißt es z. B.: „Digitalisierung und neue molekularbiologische Züchtungstechnologien können die Landwirtschaft umweltfreundlicher und wettbewerbsfähiger machen, Ernten stabil halten bei weniger Pflanzenschutzmitteleinsatz und **geringerem Wasserverbrauch** im Klimawandel“, sowie „Wir werden die Entwicklung angepasster Anbaumethoden im Rahmen der Ackerbaustrategie des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, **ressourcenschonende Bewässerungstechnologien** und ein **verbessertes Wassermanagement** fördern.“

› Krisen

Hervorzuheben sind die Aussagen unter „**Bevölkerungsschutz**“: „Die **nächste Krise kann** ihren Ursprung im Klimawandel haben, **durch** Extremwetterereignisse wie Dürren, **Trinkwassermangel**, Waldbrände oder Hochwasser **ausgelöst werden** oder Folge von Cyberattacken oder Desinformationskampagnen sein.“ Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe solle als zentrale Informationsplattform zu den „**nationalen Bevorratungen von Energie, Wasser**, Gesundheit und Ernährung“ dienen.

SPD

Im Wahlprogramm der Sozialdemokraten fehlt das Thema (Ab-)Wasser fast komplett. Im Kapitel „Natur respektieren“ konstatiert die SPD, dass sie die Agrarförderung so ausrichten will, dass eine „umweltschonende Landwirtschaft im Wettbewerb mithalten kann.“ In der Nutztierhaltung setzt sie sich für die Einführung einer **flächenbezogenen Obergrenze** ein. Der **Antibiotikaeinsatz** soll **reduziert** werden, ebenso der von **Dünger und Pestiziden**.

Gleichwohl ist zu berücksichtigen, dass SPD-Bundesumweltministerin Schulze im Juni 2021 den Entwurf einer „Nationalen Wasserstrategie“ vorgelegt hatte. Es ist davon auszugehen, dass inhaltliche Punkte dieses Entwurfs in die möglichen Koalitionsverhandlungen miteinfließen werden.

AfD

› Öffentliche Hand, Liberalisierung, Kommerzialisierung

Die AfD (Alternative für Deutschland) befürwortet die regionale Wasserversorgung durch Kommunen und Zweckverbände. Das „**Eigentum an den Wasserressourcen, den Förderanlagen, der Wasseraufbereitung und am Leitungsnetz**“ müsse **in öffentlicher Hand** und „damit in den Händen der Bürger“ verbleiben. Eine „**EU-weite Liberalisierung und Kommerzialisierung des Wassermarkts**“ lehnt die AfD „**entschieden**“ ab. Eine „generelle Privatisierung des Wassers oder der Wasserwerke, die durch Richtlinien der EU angeregt werden,“ dürfe es nicht geben. „Brunnen privater Grundstückseigentümer, die hieraus ihr Trinkwasser gewinnen, sind hiervon ausgenommen.“

› Agrarpolitik

Bemerkenswert ist, dass die AfD die **EU-Agrarpolitik renationalisieren** will, d. h. die Zuständigkeit für Agrarpolitik „wieder in die alleinige Verantwortung der Nationalstaaten legen“. Die verschärfte **neue Düngeverordnung widerspräche „der guten landwirtschaftlichen Praxis** und gefährdet den Anbau von Kulturpflanzen mit hohem Nitratbedarf, wie z. B. Kartoffeln, Getreide und Mais.“ Die AfD fordert die „Revision der Düngeverordnung, die **Aufhebung der pauschalen Reduktion der Düngemengen** und die präzise Ermittlung von Eintragsquellen nach dem Verursacherprinzip unter Beachtung von Kostenwirksamkeit und Verhältnismäßigkeit.“ Weiterhin fordert sie eine Kopplung der „Tierhaltung an die Fläche“.

FDP

Generell sehen die Liberalen die Umweltpolitik als Innovationsmotor. Sie wollen „dafür Sorge tragen, dass unser Grundwasservorkommen schonend bewirtschaftet wird und sauber bleibt“. Sie setzen sich darüber hinaus „für Feuchtbiotope sowie für intakte Gewässer“ ein, „weil sie für die kommunale Wasserversorgung, unsere Gesundheit und die Artenvielfalt von Bedeutung sind. Deshalb **müssen Einträge, zum Beispiel Rückstände aus Landwirtschaft, Industrie, Bergbau sowie Medikamente, immer dort reduziert werden, wo eine Gefährdung vorliegt.** Es gilt das **Verursacherprinzip.**“ Die FDP unterstütze alle Innovationen in Züchtung, Pflanzenschutz, Digitalisierung und anderen Bereichen, die durch ihre Nutzung dazu beitragen, die Belastung der Umwelt zu minimieren.

Weiterhin wollen die Liberalen einen „**Paradigmenwechsel im Wasserbau**, um zukünftig ausreichende Wasservorräte für das Pflanzenwachstum verfügbar zu halten. Dazu werden wir einen **Nationalen Aktionsplan für Gewässer und Wassermanagement** erarbeiten. Wir wollen die europaweite Verfügbarkeit wirksamer und moderner Pflanzenschutzmittel sicherstellen.“ Nationale Alleingänge werden hier abgelehnt.

Die Linke

› Rekommunalisierung

Die Partei „Die Linke“ lehnt die „Privatisierung von Wasserversorgung“ ab. „**Privatisierte Bereiche der Daseinsvorsorge**“ will die Partei **rekommunalisieren** (Wasser wird hier explizit genannt). Dafür solle der Bund den Kommunen **Mittel** zur Verfügung stellen, auch z. B. über einen **Rekommunalisierungsfonds** und eine (neu zu schaffende) **Rekommunalisierungsagentur**, die die Kommunen unterstützen und rechtlich beraten soll.

„Die natürlichen Lebensgrundlagen und Gemeinschaftsgüter wie Wasser, Energie, Luft, eine saubere Umwelt und unsere Gesundheit dürfen nicht mehr den Profitinteressen einiger weniger untergeordnet werden“, so die Partei.

› Rolle der Kommunen

Die Linke möchte gleichwertige Lebensbedingungen in allen Regionen und Kommunen schaffen, daher „soll die Mitwirkung der kommunalen Spitzenverbände durch ein **verbindliches Anhörungs- und Mitwirkungsrecht der Kommunen auf Bundesebene** gesichert werden.“

Vorhandene Einschränkungen bei der wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen müssten abgebaut, **interkommunale Zusammenarbeit** müsse zum **Vorbild** gemacht und im Bereich der

kommunalen Daseinsvorsorge eine Präferenz zugunsten der öffentlichen Hand erreicht werden, so die Linkspartei. Die Selbstverwaltung müsse gestärkt und der Spielraum der Kommunen bei Wirtschafts- und Bauangelegenheiten vergrößert werden.

› Preise und Gebühren

„Strom, Gas, Wasser, Heizung dürfen nicht abgestellt werden. (...) und ein **preisgünstiges Grundkontingent für Strom, Wasser und Heizstoffe einführen.**“ „Für den durchschnittlichen Verbrauch von elektrischem Strom, Wasser und Heizenergie wollen wir **preisgünstige Sockeltarife schaffen.** Was über den durchschnittlichen Verbrauch hinausgeht, wird teurer.“

› Wasserrahmenrichtlinie, Pestizide, Dünger, Medikamente

Weiterhin will die Linke die **Wasserrahmenrichtlinie „vorantreiben“**. Dazu gehörten die Erhaltung bzw. Wiederherstellung naturnaher Strukturen, die „**Reduzierung des Schadstoffeintrags durch Düngemittel und Pestizide** in Flüssen und Meeren und die Sicherung von Auenflächen“. Der „Nationale Aktionsplan Pflanzenschutz“ sollte zu einem wirkungsvollen Plan zur Reduktion von Pestiziden umgestaltet werden. Die Umweltbelastung von Gewässern durch „unsachgemäße Entsorgung von Arzneimitteln“ sei gefährlich. Die Linke will daher das **Rücknahmesystem von Medikamenten (wieder) einführen.**

› EU-Agrarpolitik

Die Linke plädiert für eine **grundlegende Reform** der EU-Agrarpolitik. Ab der kommenden Förderperiode sollten die Zahlungen „konsequent an wissenschaftlich fundierte Umwelt- und Sozialkriterien und an den Tierschutz gebunden werden. Nur Betriebe, die diese Vorgaben umsetzen, sollen Direktzahlungen erhalten.“ Der Einsatz von **Antibiotika** in der Landwirtschaft müsse auf kranke Tiere nach ärztlicher Verschreibung begrenzt werden, Tierschutzkontrollen müssten verschärft und Verstöße härter bestraft werden.

Glyphosat und **Neonikotinoide** will die Partei verbieten („Transparenz und strenges Regelwerk für die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln“). In der EU nicht zugelassene **Pestizide** und Pestizidwirkstoffe dürften weder in Deutschland produziert noch exportiert werden.

Bündnis90 / Die Grünen

Kern des Wahlprogramms ist: „Und was zerstörerisch wirkt, muss dafür auch **die Kosten tragen** und so schnell wie möglich überwunden werden. Indem wir den **Schutz der Meere und Gewässer**, des Klimas und der Böden, der Tiere und der Pflanzen **zum Bestandteil unseres**

Wirtschafts- und Rechtssystems machen, kann es gelingen, die Stabilität der Ökosysteme und unserer Lebensgrundlagen zu gewährleisten.“

Die Grünen haben detaillierte Forderungen im Umweltbereich, die stellenweise auch mit **Zielprozentzahlen** unterlegt werden.

Die Partei will **klare gesetzliche Vorgaben** z. B. zur Flächenbindung der Tierhaltung und zum **Pestizid- und Düngemittleinsatz** verankern, sowie „die Kläranlagen verbessern“. Weiterhin fordern die Grünen einen „**Verursacherfonds** und **eine Reform der Abwasserabgabe**“. Beide sollen so zu einer „**fairen Verteilung der Kosten** von Abwasser- und Trinkwasseraufbereitung“ führen.

Die „**Produktverantwortung von Hersteller*innen**“ soll **gestärkt** werden. „So verringern wir etwa durch verbesserte Genehmigungs- und Entsorgungsvorschriften für Medikamente die Bildung von Resistenzen und andere Gefahren von Arzneimittelrückständen im Wasser.“ Besonders gefährliche und schlecht abbaubare Schadstoffe dürften nicht mehr in den Wasserkreislauf gelangen.

„**Den Vorrang der Trinkwasserversorgung gegenüber gewerblicher Nutzung gilt es sicherzustellen.**“ Weiterhin will die Partei die Abwasserwiederverwendung und Speicherung von Regenwasser fördern und **Anreize zum Wassersparen schaffen**.

› Gewässer

„Wir machen das **Vorsorgeprinzip** auch **im Gewässerschutz zur Richtschnur** (...).“

Weiterhin wollen die Grünen eine **Renaturierungsoffensive** starten. Naturnahe Bäche und „die letzten frei fließenden Flüsse wie die Elbe“ müssten erhalten bleiben. **Spezifische Programme** für wilde Bäche, naturnahe Flüsse, Seen, Auen und Feuchtgebiete wollen sie stärken und **gemeinsam mit den Ländern die EU-Wasserrahmenrichtlinie „endlich konsequent umsetzen“**. Wie dies konkret geschehen soll, wird im Wahlprogramm nicht gesagt.

› Stoffe

Die Grünen wollen das **EU-Recht im Chemikalienbereich verbessern** und „schnell und konsequent durchsetzen“. Der Eintrag von Mikroplastik müsse „dringend“ minimiert werden. **Bisphenol A** in Kochgeschirr und Lebensmittelverpackungen und **per- oder polyfluorierte Kohlenwasserstoffe** in Papier und Pappe sollten verboten werden. Importierte Güter wollen die Grünen stärker auf Giftstoffe kontrollieren sowie die Produktkennzeichnung verbessern.

› Städte

Mehr Stadtgrün, Gebäudebegrünung und **öffentliche Trinkbrunnen** – dies könnten Teile von „Hitzeaktionsplänen“ und einem „Stadtumbau im Großen wie im Kleinen“ sein.

Schwammstädte sollen zukünftig mehr Wasser aufnehmen und speichern.

› Landwirtschaft

Ziele der Grünen sind ein **Ökolandbau-Anteil von 30 % bis 2030** sowie den Pestizid- und Antibiotika-Einsatz zu reduzieren. Das System der Direktzahlungen soll schrittweise durch eine **Gemeinwohlprämie** abgelöst werden. Bis 2028 soll die **Hälfte der Gelder an eine ökologische Zweckbindung** gekoppelt sein. Die Digitalisierung könne auch durch intelligente Bewässerung auf den Feldern helfen. Stickstoffüberschüsse „werden wir deutlich reduzieren“.

Weiterhin: Ein Teil des Leitbildes ist die „Freiheit von chemisch-synthetischen Pestiziden“, Einführung einer **systematischer Pestizidreduktionsstrategie** sowie **Sofortverbot** für besonders umwelttoxischer Wirkstoffe und für Glyphosat. Eine **Pestizidabgabe** soll kommen. **Ausbringungsverbot von Pestiziden in Naturschutzgebieten und Trinkwasserschutzgebieten** und Einführung eines „flächendeckenden **Pestizidmonitorings**“. „Betroffene Landwirt*innen werden wir bei der Umsetzung finanziell unterstützen.“

Die **Tierhaltung** soll **an die Fläche und an Obergrenzen pro Stall** gebunden werden (u. a. durch eine Umbauförderung, die durch einen „Tierschutz-Cent“ finanziert wird und verpflichtende Haltungskennzeichnung auf tierischen Produkten).

Exkurs: CSU

Zusätzlich zum gemeinsamen Wahlprogramm mit der CDU hat die Christlich-Soziale Union in Bayern (CSU) ein eigenes Programm für die Bundestagswahl veröffentlicht.

Darin konstatiert sie im Kapitel Kommunen, dass „hervorragende Trinkwasserqualität“ „ein bayerisches Markenzeichen“ sei. Der Zugang zu sauberem Trinkwasser sei für sie Kernelement der öffentlichen Daseinsvorsorge. „Wir fordern deshalb eine **staatliche Trinkwasser-Garantie. So wollen wir eine öffentliche Eigentums-Garantie für das Trinkwasser rechtlich bindend festschreiben**. Damit bleibt die Trinkwasserversorgung stets im Eigentum der öffentlichen Hand und Spekulationsgeschäfte werden ausgeschlossen.“

Aufgrund der Klimaveränderungen „auch in unseren Regionen“ müsse der „Umgang mit Wasser ein anderer werden“. Wasser müsse länger in den Böden gehalten werden. Die CSU will dazu ein „**nationales Entsiegelungsprogramm von Flächen**, um Böden wieder

aufnahmefähiger zu machen. Gleichzeitig sorgen wir dafür, dass unseren Landwirten, Winzern und Gärtnern **ausreichend Wasser zur Bewirtschaftung zur Verfügung steht, um gezielt und effizient zu bewässern.**“

Der Hochwasserschutz funktioniere laut der CSU, aber „wir müssen deutlich mehr tun“. Kleine Bäche und Auen seien dabei besonders in den Blick zu nehmen. Daher will die bayerische Partei über ein **Bundesprogramm** „gezielte Anreize für deren Renaturierung und Hochwasserschutzertüchtigung setzen“. Man brauche einen „**Hochwasser-TÜV für ganz Deutschland.**“

Ansprechpartnerin:

Vera Szymansky, M. A.
Fachgebietsleiterin Nationale Ordnungspolitik
GB Wasser und Abwasser
Telefon: +49 30 300199-1212
vera.szymansky@bdew.de